34. Jahrgang. Mittwoch, 25. November. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Nr. 19229. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die siebengespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Oldenburg, 25. Nov. (W. T.) In vergangener Nacht 12 Uhr, zwei Stunden nach Schluß der Vorstellung, brach **Feuer im großherzoglichen Theater** aus; das Gebäude ist vollständig niedergebrannt, es ist jedoch kein Menschenverlust zu beklagen.

Petersburg, 25. November. (W. T.) Eine Privatmeldung aus **Orel** besagt: Bei der **Entgleisung** des Eisenbahntrains auf der Brücke über die Oltucha stürzten die vier letzten Waggons des Zuges in den eisbedeckten Fluß, wobei zwanzig Passagiere und drei Fahrbeamte getödtet und zehn Personen schwer verwundet wurden. Die verunglückten Waggons waren solche dritter Klasse.

Politische Uebersicht.

Danzig, 25. November.

Ein schwarzer Tag für die Zünftler.

Uferlose Debatten nannte mit Recht ein Redner der Linken die Erörterung, welche sich gestern im Reichstage an die Antwort des Ministers v. Bötticher auf die Hitze'sche Interpellation knüpfte. Es handelt sich, wie erwähnt, um die bekannte Handwerker-Conferenz, die gegen Mitte Juni zur Orientirung der Regierung über die Wünsche des Handwerkerstandes zusammentrat und in deren ersten Sitzung auf Antrag des Herrn Biehl Geheimhaltung proklamirt wurde. Gestern sollte der Vorhang von dem geheimnißvollen Bilde zurückgezogen werden; aber als Minister v. Bötticher fertig war, ergab sich, daß das Geheimniß schon längst ausgeplaudert war, wozu am meisten die Herren Zünftler selbst auf der bairischen Handwerker-Conferenz in Widen am 19. Oktober beigetragen hatten.

Schon auf der Conferenz selbst hatte Unterstaatssecretär v. Rottenburg mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Regierungen der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe als überflüssig und schädlich widersprochen hätten und daß vollends von der Einführung von Zwangsinnungen gar nicht die Rede sein könne. Herr v. Rottenburg hatte auch schon damals, gerade wie gestern Minister v. Bötticher, erklärt, daß Erörterungen über die Organisation des gesammten Handwerks durch Handwerkerkammern in der Schwebe seien, womit denn dem Wunsche der Zünftler, die Innungen zur Regelung des Lehrlingswesens selbst in den Districten, in denen Innungen noch gar nicht bestehen, zu ermächtigen, ein nicht übersteigbares Hinderniß entgegengestellt wird. Auch was Hr. v. Bötticher über die Regelung der Abzahlungsgeschäfte, die Einschränkung des Hausirhandels u. s. w. andeutete, war schon aus der neulichen Erklärung des Staatssecretärs im Reichsjustizamt bekannt. Neu war nur, daß der Minister die Redewendung von dem goldenen Boden des Handwerks wieder auftischte, als ob eine solche Neugeburt durch einige oder einige Dutzend Gesetzesparagraphen herbeigeführt werden könne. Auffällig war, daß auch gestern öffentlich der Streit über die Nichtberufung des Centrumsabgeordneten Schornsteinfegermeisters Metzner in die Handwerkerconferenz entbrannte. Da der Minister ausdrücklich erklärte, die Regierung habe auf die Auswahl der Mitglieder der Conferenz keinen Einfluß ausgeübt, sondern lediglich die von den Interessenten vorgelegte Liste berücksichtigt, so ist also der Ausschluß des Herrn Metzner von den Interessenten selbst ausgegangen. Da ist es nicht zu verwundern, daß dieser die Erklärung Böttichers für ein mit Rosen geschmücktes Todesurtheil erklärte, während Herr Biehl erklärte, er sei schon zufrieden, weil in der Organisation des Handwerks die Innungen einen hervorragenden Platz erhalten sollten.

Im übrigen hatte für die „Hebung des Handwerks“, die trotz des Miquel'schen Innungs-Gesetzes noch immer ein frommer Wunsch ist, jede Partei einen eigenen Vorschlag. Die Socialdemokraten Bebel und Grillenberger empfahlen ihre genossenschaftlichen Utopien, die Freisinnigen, von denen Eberty, Rickert und Schrader das Wort ergriffen, das unter allen Umständen beste Mittel der Selbsthilfe, und der einzige nationalliberale Redner, der das Wort nahm, der Abg. Buhl, Selbsthilfe und Staatshilfe. Zunächst aber bleibt abzuwarten, daß die Regierungsvorlage auf dem Tische des Hauses erscheint.

Ein für Herrn Biehl sehr peinliches Intermezzo brachte die Rede Grillenbergers. Letzterer verspottete Biehls Leidenschaft für den Befähigungsnachweis, indem er bemerkte, wenn derselbe mit rückwirkender Kraft eingeführt werde, Biehl also nachträglich den Befähigungsnachweis für die drei von ihm betriebenen Handwerke liefern müsse, so werde es ihm schlecht gehen. Biehl habe in einer Kirche die Engel an einer Kanzel vergoldet, aber nach dem Zeugniß des Pfarrers schlecht. Biehl rief „erlogen“, worauf Grillenberger zur allgemeinen Heiterkeit der Versammlung den die Leistungen Biehls tadelnden Brief des Pfarrers verlas. Die Ausrede Biehls, die Schuld liege an den Arbeitern, die wahrscheinlich Socialdemokraten seien, konnte den Eindruck der Grillenberger'schen Enthüllung nicht abschwächen. Die Herren Zünftler schnitten somit in allen Punkten so ungünstig ab, daß sie alle Veranlassung haben, den gestrigen Tag in ihrem Kalender schwarz anzustreichen.

Der Antisemitismus unter den Conservativen enthüllt immer mehr sein Antlitz. Gestern hatten wir eine Anregung der „Kreuzzeitung“ zu registriren, welche dahin ging, die conservative Partei möge „eine feste und klare Stellung zur Judenfrage“ einnehmen, d. h. auch äußerlich sich zum Antisemitismus bekennen. Und diese Anregung ist nicht ein Product der „Kreuzzeitungs“-Redaction allein gewesen, sondern offenbar die Aeußerung einer weitergehenden Strömung. Heute finden wir nämlich die Nachricht in schlesischen Blättern, daß Freiherr Lothar v. Richthofen sen. bei dem Vorstande des deutsch-conservativen Provinzialvereins für Schlesien nachstehenden Antrag eingebracht hat:

„Die Conservativen Schlesiens **erweitern ihr Programm** dahin, daß dieselben mit allen gesetzlichen Mitteln den **Kampf gegen das übermächtige Judenthum aufnehmen** und von ihren Abgeordneten erwarten, dieselben werden dahin wirken, daß die **Emancipation der Juden aufgehoben** und dieselben unter ein Fremdengesetz gestellt werden; daß ferner von Staats wegen eine Untersuchung resp. Uebersetzung des Talmuds vorgenommen werde, um daraus zu entnehmen, ob ein Volk mit einer Morallehre, wie sie in der seiner Zeit erfolgten Uebersetzung des Talmuds durch den Professor Rohling in Prag sich darstellt, überhaupt in unserm Staate ferner geduldet werden kann.“

Auf dem gestern in Breslau zusammengetretenen conservativen Parteitage Schlesiens, der von 250 Personen, besonders aus dem schlesischen Landadel, besucht war, unterstützte Abg. Itzenplitz den Antrag Richthofen betreffend die Aufhebung der Juden-Emancipation. — Ueber die schließliche Stellungnahme des Parteitages liegt eine Meldung noch nicht vor. Werden die schlesischen Conservativen es wagen, die Aufhebung der Juden-Emancipation auf ihre Fahne zu schreiben? Wird dann die conservative Fraction diesem Vorgehen folgen? Wir behalten uns vor, auf diese Vorgänge näher zurückzukommen. Jedenfalls ist es ein Beweis von einem ganz erfreulichen Mannesmuth, wenn die Herren Conservativen endlich in dieser Frage die Maske völlig lüften und offen Farbe bekennen. Im Innern sind sie ja doch schon längst fast alle von antisemitischen Gesinnungen erfüllt. Der Kampf gegen diese Bestrebungen wird dann nur um so leichter sein, wenn das Gros der Feinde nicht mehr gedeckt hinter Hecken, sondern auf offenem Felde steht.

Die Vertheuerung des Getreides durch das Börsenspiel.

Zur Erläuterung des conservativ-clericalen Börsenantrages schrieb vorgestern die „Post“:

„Durch Wochen sind die in Folge des ungünstigen Ausfalls der deutschen Roggenernte und des noch ungleich schlechteren Ausfalls der russischen Ernte ohnehin ungewöhnlich hohen Getreidepreise über das durch Angebot und Nachfrage gegebene Niveau von der Speculation in ihrem eigenen Interesse gesteigert worden. Der dabei erzielte Differenzgewinn, in den meisten Fällen der reine Spielgewinn in des Wortes verwegenster Bedeutung, ist zu Lasten der Brodconsumtion und insbesondere also auch der großen Masse der minder wohlhabenden Bevölkerung erzielt. Die zu diesem Ende angewendeten Mittel stehen auf der Höhe des Zweckes. Wenn schon auch auf anderen Gebieten das Börsenspiel zu den ernstesten Bedenken Anlaß giebt, so gilt dies doch in dem höchsten Maße, wenn die nothwendigen Lebensbedürfnisse zum Gegenstand des Spiels gemacht werden.“

Man sieht, die Anklage gegen die Börse ist so geschickt formulirt, daß sie auch dann ihre Wirkung thut, wenn es der Regierung ebenso wenig wie den Conservativ-Clericalen des Reichstages gelingt, das „Börsenspiel“ ungefährlich zu machen. Das Karnickel ist gefunden und die Getreidezölle sind des Odiums der Vertheuerung des nothwendigen Lebensunterhaltes der ärmsten Volksklassen entkleidet. Leider ist die Behauptung, daß die Getreidepreise lediglich in Folge der Speculation ohne Rücksicht auf Angebot und Nachfrage gesteigert worden seien, thatsächlich aus der Luft gegriffen. Und das wird nachgerade auch von Seiten derjenigen anerkannt, die wirklich nicht dem Verdacht ausgesetzt sind, Vorkämpfer gewisser Börsenkreise zu sein. Im letzten Heft der „Deutschen Rundschau“ erörtert der kathedersocialistische Professor Cohn-Göttingen in einem Artikel über die „Börsenreform“ diese Frage. Er schreibt darin:

„Als man vor nicht vielen Jahren über die Niedrigkeit der Getreidepreise in den dadurch ungünstig berührten Kreisen klagte, als diese Klagen auch höheren Orts ein geneigtes Ohr fanden, behauptete man hier und dort, an der Niedrigkeit der Preise sei neben anderen Ursachen (namentlich neben der übermächtigen Concurrenz des Auslands) die Speculation der Kornbörsen schuld. Neuerdings sind wir in Deutschland, angesichts der Aenderung der Getreidepreise, die man allgemein als ungewöhnlich hohe anerkennt, bereits daran gewöhnt, derselben Speculation vorwerfen zu hören, daß sie die hauptsächliche Schuld an dieser Steigerung trage. Obwohl dieser Widerspruch der beiden Vorwürfe nicht dazu angethan ist, Vertrauen in ihre Berechtigung zu erwecken, wäre es dennoch möglich, daß ihnen ein gemeinsamer Grund Berechtigung gäbe, nämlich der, daß durch die Börsenspeculation die Preisschwankungen je nach den aufsteigenden oder absteigenden Conjuncturen vergrößert werden, daß zeitweilig die Steigerung der Preise verstärkt, zeitweilig die Senkung vergrößert werde.“

Glücklicher Weise, fährt der Verfasser fort, ist es nicht schwer, den **ziffermäßigen Beweis des Gegentheils** auf dem Boden der Erfahrung anzutreten. Zu diesem Zwecke hat man die Preisschätzungen der Berliner Kornbörse aus den letzten 40 Jahren verglichen und dabei festgestellt, daß die Differenz (nach oben oder nach unten) der Preisschätzungen und der nach Ablauf eines halben Jahres wirklich gezahlten Preise von 15 Proc. auf etwa 5 Proc. herabgegangen ist. Es ist hier, schreibt Prof. Cohn, einer von den häufigen Fällen, wo der nüchterne Anblick der Zahlen (der nur eben nicht die Sache des geehrten Publikums ist) einen ganz anderen Eindruck macht, als die regellosen Phantasiegebilde der öffentlichen Meinung.

Im weiteren widerspricht Prof. Cohn auch ausdrücklich der Behauptung, daß die gelegentlichen Preistreibereien an der Börse eine Brandschatzung der Brodconsumenten seien; es seien vielmehr nur Machinationen der einen Kreise der Speculation gegen die anderen, die in entgegengesetzter Richtung engagirt seien. Für die außerhalb der Speculation stehenden Millionen des Volkes habe dieser Kampf gar keine Bedeutung. Wenn es also den Getreidezöllnern, die, so lange das Getreide billig war, nach einem höheren Getreidezoll riefen, Ernst damit ist, der Vertheuerung der für die Volksernährung wichtigen Artikel ein Ziel zu setzen, so sollten sie nicht über die Börse klagen, auch nicht über die ungünstige deutsche Roggenernte und die schlechte russische Ernte, woran sich nichts ändern läßt, sie sollten wenigstens den Muth ihrer Meinung haben und anerkennen, daß das in Deutschland zum Consum kommende Getreide durch die Zölle um 50 Mk. vertheuert wird, im Verhältniß zu den Getreidepreisen auf dem Weltmarkt. Wozu die pharisäische Klage über die Erschwerung der Volksernährung von Seiten derjenigen, die seit Jahrzehnten die Hülfe der Gesetzgebung angerufen haben, um diese Erschwerung durch künstliche Mittel zu erzwingen?

Die Verpflichtung zur Entrichtung von Stolgebühren für Taufen und Trauungen in ortsüblich einfachster Form, sowie für Aufgebote wird durch die gestern der Generalsynode zugegangene Vorlage in den älteren Provinzen aufgehoben. Zur Deckung des Ausfalls soll der evangelischen Kirche eine feste Rente in Höhe von 1 250 000 **Mk.** gewährt werden mit der Verpflichtung, etwaige weitere Ausfälle durch Kirchensteuern zu beschaffen.

Zur Schulreform.

Es erregte Verwunderung, daß vor einigen Tagen durch die Blätter die officielle Mittheilung ging, daß der Bundesrath eine Petition um **Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zum medizinischen Studium und Examen** abgelehnt habe. Es erregte Verwunderung, daß das Curatorium des Duisburger Realgymnasiums unter den jetzigen Umständen eine solche Petition in Scene gesetzt habe, unter den jetzigen Umständen, wo die gesunde und gerade Weiterentwickelung unseres höheren Schulwesens durch die Beschlüsse der „Dezember-Conferenz“ und der Siebener-Commission überhaupt in Frage gestellt scheint. Nun kommt der „Lib. Corr.“ von zuständiger Seite aus Duisburg die Nachricht, daß jene Petition bereits im Januar 1890, also vor fast 2 Jahren an den Bundesrath abgesandt worden ist. Um dieselbe Zeit beschloß die Petitions-Commission des preußischen Abgeordnetenhauses, eine Petition um Gleichberechtigung der Realgymnasien mit den Gymnasien der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Erst im darauf folgenden Winter kamen jene ominösen Conferenzen, von denen ein nationalliberales Blatt in Berlin sagt, daß ihnen hauptsächlich die in den gebildeten Kreisen um sich greifende Verstimmung zu danken sei, mit dem Hinzufügen: „Mit Dilettantismus und Servilismus läßt sich nicht ein neues Unterrichtssystem für einen großen Staat herstellen.“

Die Frage der Einführung einer Einheitszeit für das ganze Reich steht zur Zeit auf der Tagesordnung, insbesondere ist sie der Gegenstand von Erwägungen seitens der Regierung. An der Erledigung der Frage sind aber keineswegs bloß die Staatsverwaltungen, namentlich die staatlichen Verkehrsverwaltungen interessirt, vielmehr werden davon auch die meisten Kreise des Erwerbslebens, vor allem Industrie und Handel in Mitleidenschaft gezogen, schon deshalb, weil die Einführung einer Einheitszeit zum Beispiel für den äußeren Dienst der Eisenbahnen nicht wohl denbar ist, ohne gleichzeitige Einführung dieser Einheitszeit für das gesammte bürgerliche Leben. Wer sich die Erschwerungen und Verwirrungen im Verkehr vergegenwärtigt, welche aus einer Verschiedenheit der Eisenbahn- und der Ortszeit, namentlich in verkehrsreichen Gegenden nothwendig erwachsen, wird hierüber kaum im Zweifel sein können. Es scheint auch die Auffassung an den maßgebenden Stellen dahin zu gehen, daß eine Verschiedenheit der äußeren Eisenbahn- und Ortszeit im höchsten Grade unzweckmäßig, vielleicht selbst undurchführbar sein würde. Für die betheiligten Kreise des Erwerbslebens erwächst hieraus die Aufgabe, ihrerseits baldigst in eine gründliche Prüfung der Frage der Einführung einer Einheitszeit sowohl für das Verkehrswesen wie für das gesammte bürgerliche Leben einzutreten, und diejenigen Wünsche, welche sie bei der Regelung der Frage berücksichtigt sehen wollen, rechtzeitig an der zuständigen Stelle vorzubringen.

Die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina.

In dem Exposé, welches gestern der Minister v. Kallay im Ausschusse der österreichischen Delegation über die Verwaltung der occupirten Provinzen gab, bezifferte derselbe den Totalaufwand der Investitionen in Bosnien und der Herzegowina auf 4 371 000 Gulden. Diese Investitionen erstrecken sich auf Eisenbahnen, Wasserbauten, Cisternenanlagen, Bodenmeliorationen, landwirthschaftliche Stationen, Militärunterkünfte, Amtsgebäude für Schulzwecke, Cultus und sanitäre Maßregeln. Die Mohamedaner bezeichnete der Minister als ein conservatives, der Monarchie aufrichtig ergebenes Element; seit 1883 bis zu dem diesjährigen Herbste seien 11 359 Mohamedaner ausgewandert, trotzdem sei die mohamedanische Bevölkerung um 8500 Köpfe gewachsen. Größere Grundbesitzer seien nicht ausgewandert; dieselben seien der Regierung ergeben, agitirten sogar gegen die Auswanderung, zu welcher meist kleine Besitzer in Folge der neugeschaffenen wirthschaftlichen Verhältnisse griffen. Die Regierung lasse sich im Bewußtsein der Stärke ihrer Position in den occupirten Provinzen durch die unglaublichen Uebertreibungen der serbischen Presse keineswegs beunruhigen.

Die Wiener Blätter besprechen das Exposé des Ministers Kallay einmüthig mit lebhaftem Beifall.

Neue Russificirungsmaßregeln stehen im Zarenreiche bevor. Der „Moskauer Zeitung“ zufolge ist dem russischen Finanzministerium von zuständiger Seite ein Antrag auf Einführung der russischen Sprache als Geschäftssprache in dem Börsencomité und der Börsenbank in Riga zugegangen. Wie die „Moskauer Zeitung“ weiter meldet, würden gegen die geheime, von der Dorpater Universität ausgehende politische Agitation (?), abgesehen von der Unterstellung dieses Instituts unter das allgemein russische Universitätsstatut, alsbald noch besondere Maßregeln ergriffen werden. Demselben Blatte zufolge wird der Reichsrath demnächst eine Vorlage berathen, betreffend die Uebertragung der Jurisdiction in Sachen der Aufdeckung von Schulen, die die geheime Verbreitung der polnischen Sprache im Weichselgebiete bezwecken, seitens des Justizministeriums an die lokale administrative Gewalt.

Der Strike im Pas de Calais beschäftige gestern, wie aus Paris telegraphirt wird, wiederum den französischen Ministerrath. Man nahm als sicher an, daß das Comité der Bergwerksbesitzer den Vorschlag annehmen werde, Schiedsrichter zu ernennen. Der Präsident der Republik, Carnot, hat den Gesetzentwurf betreffend die facultativen Einigungsämter und Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern resp. Angestellten unterzeichnet. Den Entscheidungen der Schiedsgerichte wird nur moralische Bedeutung beizumessen sein, indessen verspricht man sich von denselben eine Steigerung des Vertrauens zur Rechtsprechung in individuellen Streitsachen.

In Lens wurden gestern wieder einige Zwischenfälle durch Strikende hervorgerufen, welche die Maschinisten und Arbeiter an dem Arbeiten in einer Werkstatt hindern wollten. Die Truppen zerstreuten die Strikenden und verhafteten einige derselben.

Prozeß gegen den Erzbischof von Aix.

Wie aus Paris telegraphirt wird, erschien gestern der Erzbischof von Aix Gouthesoulard vor dem Appellgerichtshof unter dem Vorsitze Periviers, um sich wegen seines an den Minister Fallières gerichteten Schreibens betreffend die Pilgerzüge nach Rom zu verantworten. Gouthesoulard erinnerte an die gegen die Pilger in Rom verübten Gewaltthätigkeiten und erklärte, er wollte mit seinem Schreiben nicht den Minister Fallières beleidigen, aber er habe seine Pflicht erfüllt; seine Handlungsweise habe die Zustimmung der Bischöfe und der katholischen Kirche. Er bekämpfe keine Regierung und habe dieser Erklärung nichts mehr hinzuzufügen. Hierauf ergriff der Staatsanwalt Quesnay Beaurepaire das Wort zur Begründung der Anklage. Er führte aus, nicht gegen den Priester, sondern gegen die Auflehnung des Bürgers erhebe er die Anklage. Zu keiner Zeit sei der Episcopat in Frankreich mit größerer Zuvorkommenheit behandelt worden, zu keiner Zeit die Religion unabhängiger gewesen als jetzt. Der Vertheidiger untersuchte alsdann die Vorgänge in Rom und verlangte die Freisprechung des Bischofs, welcher die Fahne Frankreichs stolz erhoben habe. Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Berathung zurück. Das Urtheil desselben lautete auf 3000 Frcs. Geldbuße, worüber die Clericalen wahrscheinlich ein großes Lamento erheben werden.

Der Aufstand in Arabien.

Wie man aus Konstantinopel meldet, lassen die daselbst aus dem Yemen einlaufenden Berichte hoffen, daß die Ordnung in dieser Provinz bald wieder hergestellt sein wird. Nach den Berichten des militärischen Commandanten von Yemen, Ahmed Feizi Pascha, haben die kaiserlichen Truppen wiederholt Erfolge errungen und die Insurgenten in den letzten Tagen bei Ziehrak, wo sie sich in größerer Anzahl verschanzt hatten, geschlagen.

Deutschland.

* **Berlin**, 25. November. Bei dem **Kaiser** und der Kaiserin waren zahlreiche Mitglieder der **General-Synode** gestern Abend ins Neue Palais zu Gast geladen, und zwar: der Vorstand der General-Synode und die Vorsitzenden der Provinzial-Synoden und der Commissionen. In huldvollster und leutseligster Weise nahmen der Kaiser und die Kaiserin wiederholt Gelegenheit, den Synodalen ihre Befriedigung über den einmüthigen Geist, in welchem die Berathungen einen so gesegneten Fortgang nähmen, auszusprechen. Auch hat der Kaiser sich, dem Vernehmen der „Kreuzztg.“ nach, nicht unfreundlich über die Selbständigkeits-Anträge zu Gunsten der evangelischen Kirche geäußert.

* **Berlin**, 24. November. Der **Verein deutscher Banken** hat auf Grund eines in seiner Frühjahrsversammlung gefaßten Beschlusses die Begründung einer **Schutzgesellschaft** für das in fremden Ländern angelegte deutsche Kapital in die Hand genommen und bereits die einleitenden Schritte dazu gethan. Die Gesellschaft soll nicht eine Erwerbsgesellschaft sein, sondern eine Organisation,

welche völlig unabhängig von allen anderen Interessen sich in den Dienst der Gläubiger der gefährdeten Werthe stellt und lediglich in deren Auftrage und deren Vortheil handelt.

* **[Ein Satz Friedrichs des Großen.]** Der Spruch, den Kaiser Wilhelm II. bei seinem letzten Aufenthalt in München in das Fremdenbuch des Münchener Magistrats geschrieben hat: Suprema lex regis voluntas, erinnert lebhaft, wie die „Grenzboten" schreiben, an einen Satz Friedrichs des Großen, in dessen Testament politique von 1752; er lautet: Les loix doivent parler et le souverain doit se taire.

* **[Aeußerungen des Fürsten Bismarck über seine Mandatspflicht.]** Bei dem großen Interesse, welches die Frage, ob Fürst Bismarck seinen Sitz im Reichstage einnehmen wird, in weiten Kreisen erregt, geben wir nach der „Br. Landesztg." die Aeußerungen desselben gegenüber einer Deputation aus Braunschweig am letzten Freitag wieder. Lehrer Reiche hatte als Sprecher des plattdeutschen Vereins ausgeführt, dat et allen guen Bronswykern under'n Bosldauke högger ekloppet härre ar se lesen deen, Dorchlaucht härren seggt, sei warren ok en Plattduitschen, und feierte sodann den Fürsten als eine deutsche Eiche. Darauf erwiderte der Fürst:

„Herzlichen Dank für Ihre künstlerisch ausgestattete Gabe und für die warmen Worte, mit denen der Herr Vorredner sie begleitete. Durch beides fühle ich mich hochgeehrt, wenn ich mir auch selbst sage, daß das von der Eiche Gesagte bei mir nicht mehr zutrifft, ich bin alt und pollsoor, — Sie kennen den forstmännischen Ausdruck für zapstrocken — und meine körperliche Fähigkeit, als Landmann in öffentlichen Sachen mitzuwirken, fühle ich wesentlich vermindert. Ich bin von meinen häuslichen Gewohnheiten abhängig geworden: Eine Nacht auf der Eisenbahn ist jetzt eine Leistung für mich, während ich früher deren zwei und drei ohne Schaden ertrug, ich schlafe schlecht in fremdem Hause; kurz, die körperliche Rüstigkeit ist in der Abnahme. Das Leben auf dem Lande geht ruhig weiter, aber an Aufgaben, die körperliche Leistung erfordern, gehe ich schwer heran; so auch an die Reise nach Berlin zum Reichstage. Es wird ja wohl sein müssen, und ich werde ausprobiren, wie es geht, und ob ich darauf verzichten muß. Die Reise zum Reichstage hat für mich ja nur den Sinn, meine Schuldigkeit als deutscher Bürger zu thun. Wer glaubt, daß ich damit wieder zum Amt gelangen wolle, der überschätzt meine Bescheidenheit und unterschätzt mein Selbstgefühl, denn es kann mir doch nicht im Traume einfallen, die Stellung eines Ministers zu begehren; sie wäre für mich nicht annehmbar. Meine Wähler hatten mich gebeten, das Mandat anzunehmen, da im Wahlkreise sonst eine Lücke entstehen würde, die von Socialdemokraten oder Welfen ausgefüllt werden könnte. Das Mandat dauert übrigens noch drei Jahre, und ich weiß ja nicht, ob ich nicht wieder kräftiger werde, und ob Verhältnisse eintreten, welche mir die Ausübung desselben dergestalt zur Pflicht machen, daß die Gesundheitsrücksicht schwindet. Einstweilen fühle ich mich greisenhafter als ich aussehe."

* **[Zum Krach der Firma Hirschfeld und Wolff.]** Daß bei dem Sturze Hirschfeld und Wolff hohe Herrschaften bedeutende Depots liegen gehabt, wird dem „Localanz." aus guter Quelle allen interessirten Ableugnungen zum Trotz bestätigt, doch mit dem Hinzufügen, daß dieselben, da deren Eigenthümer rechtzeitig durch einen bestimmten Bankier gewarnt waren, zurückgezogen wurden, bevor der Krach eintrat. Dieser Umstand dürfte, meint das Blatt, noch recht lebhafte Erörterungen zur Folge haben.

* **Speculationen von Angestellten an der Berliner Börse.]** Der „Frkf. Ztg." wird geschrieben: „Seitens der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft ist bereits constatirt worden, daß der Kassenbote, welcher unter dem Verdacht steht, 20 000 Mk. unterschlagen zu haben, bei einem alten Bankgeschäft umfangreiche Ultimogeschäfte gemacht hat. Ferner hat die Criminalpolizei ermittelt, daß derselbe Kassenbote bei einem anderen Wechselgeschäft große Geschäftsabschlüsse in Harpenern rc. ausgeführt hat. Dies dürfte demnächst ebenfalls dem Aeltestencollegium unterbreitet werden. Die preußische Hypotheken-Versicherungsbank hat erst in Folge einer schriftlichen Aufforderung des Aeltestencollegiums die früher erwähnte Eingabe in Sachen der Speculationen ihres verhafteten Kassirers Bock gemacht."

* **[Maßnahmen gegen das Zuhälterthum.]** Die commissarischen Berathungen, welche im preußischen Justizministerium betreffs gesetzlicher Maßnahmen gegen das Zuhälterwesen zwischen den betheiligten Ressorts des Reichs und Preußens stattgefunden haben, sind, den „Pol. Nachr." zufolge, zum Abschluß gelangt. Es darf angenommen werden, daß die Ergebnisse derselben demnächst in der Form eines Vorschlages zu einer entsprechenden Ergänzung des Reichsstrafgesetzbuches zu Tage treten werden.

* **[Die Einstellung neuer Arbeitskräfte in den Spandauer Militärwerkstätten]** ist nunmehr bis auf weiteres abgeschlossen. Es sind im ganzen diesmal 1500 Arbeiter und 300 Arbeiterinnen angenommen worden. Sobald nach Bewilligung der Geldmittel für artilleristische Zwecke vom Reichstage die Arbeiten für die Neuausrüstung der Feldartillerie beginnen, werden in den technischen Instituten der Artillerie weitere Arbeitskräfte erforderlich. Zur Einrichtung des neuen Feuerwerkslaboratoriums in Siegburg werden demnächst vom Spandauer Feuerwerkslaboratorium Beamte und Arbeiter nach Siegburg abgesandt. Die technischen Vorarbeiten für das neue Reichsinstitut leitet der Artilleriehauptmann Simon, der seit 14 Tagen in Spandau weilt.

* **[„Nicht Wiedergeburt, sondern — Marasmus."]** Zur Gymnasialreform bringen die „Grenzboten" folgende Bemerkung:

„Von den neuen Lehrplänen, die der preußische Cultusminister den höheren Schulen zu vertraulicher Besprechung übersandt hat, ist bereits so viel in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß man sich von den Hauptzügen der Reform ein Bild machen kann. Doch ob die Lehrpläne nun schon als endgiltig anzusehen sind, ob insonderheit die Einzelbestimmungen, zum Beispiel in der Lectüre, als Probe oder als unverbrüchlicher Kanon gelten sollen, dergestalt, daß, was nicht vorgeschrieben ist, damit auch verboten wäre, darüber herrscht vielfach Zweifel. Eins scheint außer allem Zweifel: wer von dieser Reform einen Aufschwung unserer Jugendbildung erwartete, wer auch nur in einem Punkte einen zugleich strengeren und feineren, einen fröhlicheren und zugleich tieferen Geist in unsere höheren Schulen einziehen sah, der ist betrogen. Das Wort, das in Flammenschrift über diesem von der herzlichsten Theilnahme des ganzen Volkes begleiteten Werke steht, heißt nicht Wiedergeburt, sondern — Marasmus."

* **[Die Matricularbeiträge.]** Dem Reichstage ist jetzt auch die Berechnung der nach dem Etat für 1892/93 aufzubringenden Matricularbeiträge, die aber nur bekannte Ziffern aufweist, zugegangen. Die Matricularbeiträge sind thatsächlich nur 4,9 Mill. Mk. höher, als im laufenden Jahre, aber dieser geringe Mehrbedarf ist nur dadurch erzielt, daß eine Summe von 15 308 201 Mk. als Ueberschuß des Etatsjahres 1890/91 in Einnahme gestellt ist.

* **[„Die Wiepe bleibt stehen!"]** Zu dem Dementi, welches die „Nordd. Allg. Ztg." bezüglich der hübschen Geschichte mit der obigen Ueberschrift gebracht hat, bemerkt die „Lib. Corr.":

Das Dementi kommt etwas spät. Die Geschichte hat thatsächlich sogleich, nachdem sie passirt, im Feuilleton der „Kreuzztg." gestanden und wurde darin anscheinend zu dem Zweck erzählt, um von dem damaligen Prinzen Wilhelm etwas Gutes mitzutheilen. Man nahm an, daß sie von einem Offizier des Gardehusarenregiments mitgetheilt war. Sie wurde damals in zahlreichen, besonders in gutgesinnten Blättern zum Abdruck gebracht, ist aber damals nirgends dementirt worden. Damals hätte ein Dementi wirksam sein können, heute ist es dies nicht mehr.

Posen, 24. Novbr. Dem „Dziennik Poznanski" zufolge hat der Prälat **Dr. v. Stablewski** gestern den vorgeschriebenen **Eid** als Erzbischof electus im hiesigen Consistorium vor dem bisherigen Administrator Bischof Dr. Likowski geleistet.

Leipzig, 24. Novbr. Das **Reichsgericht** hat in Sachen der von dem **Redacteur Siwinna** in Kattowitz gegen das vorinstanzliche Urtheil eingelegten Revision dahin erkannt, daß die **Verehrung des heiligen Rockes** als ein Gebrauch der katholischen Kirche anzusehen sei, auch wenn die Echtheit nicht allgemein anerkannt werde, und daß deßhalb die von Siwinna eingelegte Revision zu verwerfen sei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Novbr. Die Nachricht über bevorstehende **Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland** entbehrt, wie das „Fremdenblatt" in seinem finanziellen Theil meldet, jeder Begründung. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 24. November. Bei der im **Senate** heute fortgesetzten **Berathung des Zolltarifs** trat der Handelsminister J. Roche nachdrücklich für die im Tarife vorgeschlagenen Aenderungen ein; das Land habe diese Aenderungen, welche durch die zollpolitischen Maßnahmen der Nachbarländer gerechtfertigt würden, verlangt. Der Minister erklärte, an der nothwendigen Zollfreiheit für Rohstoffe festzuhalten; die Entwickelung der Ausfuhr müsse gefördert werden. Die Regierung werde demnächst einen Gesetzentwurf betreffend die Art und Weise der Anwendung der Tarife vorlegen. Der einem Lande einmal zugestandene Minimaltarif würde nur gegen eine Kündigungsfrist, beispielsweise von einem Jahre, wieder abgeändert werden können. (W. T.)

Paris, 24. Novbr. Der englische Botschafter Earl of **Lytton** ist heute Mittag am Herzkrampf **gestorben**. (W. T.)

— Die Untercommission der Deputirtenkammer zur Prüfung der **Wahl des Deputirten Lafargue** beschloß deren Giltigkeit. (W. T.)

Griechenland.

Athen, 24. Novbr. Nach einer Meldung der Blätter hat der Sultan neuerdings 80 **Kretenser amnestirt**. (W. T.)

Türkei.

Konstantinopel, 24. Novbr. Der „Agence de Constantinople" zufolge ist die Nachricht, der Großvezier hätte dem Sultan einen auf der **Erweiterung der Privilegien Kretas** basirten Verwaltungsentwurf unterbreitet, unbegründet.

Aegypten.

Cairo, 24. Novbr. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Das **Budget** für das nächste Jahr wird voraussichtlich einen **Ueberschuß** von mehr als 500 000 ägyptischen Pfund aufweisen. (W. T.)

Amerika.

Newyork, 24. November. Das republikanische Nationalcomité beschloß, daß die **Convention zur Namhaftmachung der republikanischen Candidaten** für die Präsidentschaft der Republik in Minneapolis am 7. Juni n. J. stattfinden solle.

Reichstag.

125. Sitzung vom 24. November.

Interpellation der Abgg. **Hitze** u. Gen. in Betreff der Stellung der Regierung zu den Anträgen der vereinigten Innungsverbände.

(Wir lassen die Fortsetzung der Debatte an der Stelle folgen, wo der Bericht des Berliner Telegramms in der heutigen Morgennummer abbricht.)

Abg. **Grillenberger** (Soc.) fährt fort, indem er die Mittheilungen über die schlechte Vergolderarbeit des Abg. Biehl bei einem Kirchenbau, welche dieser durch einen Zwischenruf als „erlogen" bezeichnet hatte, aus einem Brief des Pfarrers an der betreffenden Kirche verliest. (Große Heiterkeit.) So gehts, wenn man zu viele Geschäfte auf einmal betreibt. Herr Biehl hat ja die Arbeit wohl nicht selbst gemacht, ist aber doch für die Ausführung verantwortlich. Durch solche Mißerfolge discreditiren Sie Ihre Forderungen gar zu sehr, lassen Sie also lieber davon ab. Die Verleihung der Corporationsrechte an die heutigen Innungen würde ein Novum in unserer Verwaltung sein, welches solchen rein politischen Organisationen gegenüber gar nicht zu verantworten sein würde, wenn nicht Zug um Zug auch den Fachvereinen dieselben Rechte verliehen würden. Den Socialdemokraten wird immer vorgeworfen, sie wollten das Handwerk vernichten. Das fällt uns gar nicht ein, wir haben das gar nicht nöthig, das besorgt das Großkapital, die Gesetzgebung, die ganze Strömung der Zeit, und die Herren von der Innung tragen mit ihrer Kurzsichtigkeit das Ihrige dazu bei. Wir constatiren bloß die Thatsache, daß das kleinere und mittlere Handwerk gegen das Kapital nicht mehr aufkommen kann. Gegen das, was der kaiserliche Erlaß vom vorigen Februar dem deutschen Arbeiter bieten wollte, leistete die Bourgeoisie einen hartnäckigen, fast majestätsbeleidigenden Widerstand. Richtige Handwerkerkammern mögen ihren Nutzen haben, aber mit ihrer Schaffung zugleich müssen auch Arbeiterkammern errichtet werden, und das ist der Nutzen, den wir aus der heutigen Debatte ziehen.

Abg. **Biehl** (Centr.): Wenn ich gewußt hätte, daß Herr Grillenberger solchen Altweiberklatsch hier im Parlament vorbringen wollte, dann hätte ich meine Akten mitgebracht und einen zweiten Brief des Pastors verlesen. Ich behalte mir vor, darauf demnächst zurückzukommen.

Abg. **Metzner** (Centr.): Keine Partei vertritt die Interessen der Handwerker so energisch, wie das Centrum. In der Arbeiterconferenz habe ich auf directe Veranlassung der Regierung nicht gesessen, weiß also nicht, was da vorkam, hörte aber, daß die Vertreter der Handwerker den Befähigungsnachweis wie die Löwen vertheidigten.

Unterstaatssecretär **v. Rottenburg**: Daß der Vorredner auf Grund eines Wunsches der Vertreter der Regierungen ausgeschlossen sei, ist nicht richtig. Die Regierung hat auf die Auswahl der Vertreter überhaupt keinen Einfluß gehabt. Sie hat die Petenten aufgefordert, Vertreter zu ernennen; der Vorredner ist eben nicht genannt worden. Die Stelle des Protokolls, welche Herr Biehl als unrichtig bezeichnet hat, ist vollständig richtig, wie der betreffende Redner, Herr Regierungsrath Wilhelmi, mir soeben noch bestätigt hat; auch an anderer Stelle ist eine Rede des Hrn. Biehl enthalten, der den Antrag Ackermann-Biehl als ungenügend bezeichnet.

Abg. **Metzner** (Centr.): In dem Briefe des Vorstandes des Centralausschusses an den Vorstand des Verbandes, der sich mit der Beschickung der Conferenz beschäftigte, hieß es, es sei der directe Wunsch der Regierung, die Abgg. Biehl und Metzner nicht zu delegiren, weil die Regierungsvertreter sich mit diesen im Reichstage ohnehin persönlich über den vorliegenden Gegenstand aussprechen könnten.

Unterstaatssecretär **v. Rottenburg**: Aus dem eben Vorgelesenen ergiebt sich nicht, daß die Regierung die Zusammensetzung der Handwerkerconferenz beeinflußt habe. Ich wiederhole, die Regierung hat absolut keinen Wunsch in Betreff der Auswahl der Persönlichkeiten für die Conferenz geäußert.

Abg. **Richert**: Ich glaube nicht, daß der Verlauf der heutigen Debatte den Interpellanten große Befriedigung über ihre Interpellation bringen wird. Uferlos mußte die Debatte schon deshalb sein, weil die Erklärungen des Herrn Staatssecretärs nur ganz allgemein gehalten sein konnten. Ich bitte, nachdem die Protokolle der Conferenz sich als so interessant erwiesen haben, dieselben möchten auch uns von der Regierung zugänglich gemacht werden (Staatssecretär v. Bötticher schüttelt den Kopf), und dann richte ich an Hrn. Biehl die gleiche Bitte, die Druckkosten wollen wir ja gern tragen. Es wurde ja gegen die Oeffentlichkeit der Conferenz auch nur die Furcht vor der Presse eingewandt, die immer das Gegentheil von dem bringe, was geschieht; das ist, glaube ich, doch eine falsche Auffassung. Uebrigens hat ja auch das Centrum seine Presse, freilich, die wird ausgenommen. Daß unsere Partei stets eine Regelung der Gefängnißarbeit angestrebt hat, beweisen die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause und auch hier. Mit der Erklärung des Hrn. v. Bötticher sind wir übrigens nur in Bezug auf die Abwehr des Befähigungsnachweises einverstanden, im übrigen halten wir das Erwecken falscher Hoffnungen in den Handwerkern für unangebracht. Das Handwerk hat das Kapital und die Großindustrie durchaus nicht zu fürchten, nur darf es eben das Vertrauen auf seine eigene Leistungsfähigkeit nicht verlieren; die kann es aber verlieren, wenn es hier Worte hört, aus denen es das Versprechen der Staatshilfe herauslesen wird. Die Vertretung des Handwerks scheint mir nach den Erfahrungen mit den Gewerbekammern, für die die Provinziallandtage kein Geld mehr bewilligen wollen, und nach den Erfahrungen mit den landwirthschaftlichen Vertretungen durchaus nicht wünschenswerth. Die Hauptsache ist: die Regierung und alle Parteien, wenn sie dem Handwerker wirklich helfen wollen, sollen ihn auf die Selbsthilfe verweisen und in ihm nicht die Hoffnung auf Staatshilfe erwecken. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Buhl** (nat.-lib.): Unerfüllbare Hoffnungen hat der Herr Staatssecretär wohl nicht erregt. Den Befähigungsnachweis wünsche auch ich nicht eingeführt zu sehen, hier sollte man wirklich der freien Concurrenz Spielraum lassen. Die Wünsche des Handwerks bezüglich der Unfallversicherung können erfüllt werden, wenn die Selbstversicherung der Handwerksmeister gestattet wird, wie die Versicherung der Unternehmer bei der Landwirthschaft gestattet ist. Auch die Bildung territorialer Verbände für die Unfallversicherung des Handwerks würde sich statt der berufsgenossenschaftlichen Organisation empfehlen. Die Hebung des Standesbewußtseins der Handarbeiter ist eine wichtige Frage und diese muß bei der Organisation des Handwerks gelöst werden.

Abg. **Eberty** (freis.): Das Standesbewußtsein wird mehr gehoben dadurch, daß die Handwerker besser vorgebildet werden, so daß sie auch andere etwas lehren können. Der Hauptfehler ist, daß man alles von der Gesetzgebung erwartet. Sieben Gesetze sind seit 1878 erlassen worden zu Gunsten der Innungen und alle haben nach dem Eingeständniß der Herren nichts genützt.

Abg. **Hitze** (Centr.) bedauert, daß der Staatssecretär v. Bötticher Mittheilungen gemacht hat aus dem Protokoll, zu dessen Geheimhaltung sich die Vertreter der Handwerker verpflichtet haben. Ein Theil der Antwort des Staatssecretärs ist befriedigend, weil gewisse Maßregeln zu Gunsten der Handwerker in Aussicht gestellt werden, darunter namentlich auch die Organisation des Handwerkerstandes. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Metzner** (Centr.): Ich kann nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Hoffnungen auf den Befähigungsnachweis und die obligatorischen Innungen, an welche sich der Handwerkerstand wie an einen Strohhalm angeklammert hat (Zuruf links: Sehr richtig!) vernichtet sind.

Abg. **Bebel** (Soc.): Zwischen Biehl und Metzner besteht ein großer Unterschied; der erstere dankte für die Erklärungen des Staatssecretärs v. Bötticher, während Hr. Metzner sehr unzufrieden ist, und mit Hrn. Metzner werden die meist zünftlerischen Handwerker einverstanden sein. Die Debatte hat heute ein gutes Ergebniß gefördert. Die Regierungsvertreter hatten sich bezüglich des Befähigungsnachweises bisher in das tiefste Schweigen gehüllt; jetzt ist die Aufklärung erfolgt. Die Dinge, die als unausführbar hingestellt sind, sind für das Handwerk von untergeordneter Bedeutung, aber wir sind gern bereit, die betreffenden Vorlagen auf ihren Werth zu prüfen. Einige Handwerker werden davon einen Vortheil haben; aber ihre Klassenlage wird dadurch nicht verbessert werden; die kleinen Handwerker sind jetzt oft in einer viel schlimmeren Lage als die Arbeiter. Wir wollen das Handwerk nicht vernichten, wir wollen es aber auch nicht täuschen. Wir wissen kein Mittel zur Hilfe und sagen, wer dem Handwerk helfen will, wie die Herren vom Centrum, der täuscht entweder sich selbst oder die Handwerker.

Abg. **Biehl** (Centr.): Auf der Handwerkerconferenz hat ein Hufschmiedemeister erklärt, seine Genossen hätten den Befähigungsnachweis und seien sehr zufrieden damit. Das beweist, daß sie den Befähigungsnachweis nicht für unausführbar halten.

Abg. **Schrader** (freis.): Der heutige Tag ist das Ende der zünftlerischen Bestrebungen, denn jetzt sind keine Mittel mehr vorhanden, in den Handwerkern den Glauben an den Befähungsnachweis und die obligatorischen Innungen zu erwecken. Die verbündeten Regierungen werden erkennen, daß das lange Abwarten in der Sache schlimme Erfolge gezeitigt hat. Das lange Warten hat eine verzweifelte Stimmung in den Kreisen der Handwerker hervorgerufen, welche sich durch die kleinen in Aussicht gestellten Zugeständnisse nicht beseitigen lassen wird. Aber eine Generalisirung ist nicht am Platze; es handelt sich gar nicht um das ganze Handwerk. Das Handwerk kann zum guten Theil genossenschaftlich betrieben werden und sich dann gegen die Großindustrie halten, ein Theil wird allerdings von der Großindustrie aufgesaugt werden. Es giebt andere und immer neu auftauchende Zweige, welche dem Handwerk Platz geben. Unsere Innungsbewegung hat das Handwerk nicht gefördert. Die Innungen sind den genossenschaftlichen Bestrebungen hindernd in den Weg getreten. Ich hoffe aber, daß, wenn jetzt die zünftlerischen Bestrebungen beseitigt sind, oder wenn sie wenigstens einen sehr viel ruhigeren Gang nähmen, die ganze arbeitende Bevölkerung, ich rechne dazu Handwerker, Arbeiter und Fabrikanten, weit mehr diejenigen Wege finden wird, um möglichst selbständig neben einander bestehen zu können. (Beifall links.)

Abg. **Hartmann** (cons.) spricht die Hoffnung aus, daß eine Organisation des Handwerkes die Lage desselben verbessern werde. Aber das, was die Regierung in Aussicht gestellt habe, sei nur eine Abschlagszahlung. Die Zünfte würden wiederkommen und schließlich doch ihre Wünsche verwirklicht sehen.

Damit schließt die Debatte.
Nächste Sitzung: Mittwoch.

Am 26. November: S.-A. 7.49, S.U. 3.45. **Danzig, 25. Nov.** M.-A. 1.44, M.-U. b. Tge.

Wetteraussichten für Donnerstag, 26. November, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Vielfach klar, wolkig, Temperatur wenig verändert; heftiger Wind. Sturmwarnung für die Küsten.

Für Freitag, 27. November:

Neblig, bedeckt, naßkalt; Niederschläge, lebhaft windig.

Für Sonnabend, 28. November:

Veränderlich, naßkalt; windig, Nachtfrost. Sturmwarnung für die Küsten.

---

* **[Ausstellung neuer Quittungskarten.]** Die Quittungskarten über die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung enthalten Raum zum Einkleben von Beitragsmarken für 52 Wochen; es wird daher ein großer Theil der im Anfange dieses Jahres ausgestellten Quittungskarten am Ende des Jahres schon vollständig mit Marken ausgefüllt sein und es muß deshalb dann der Umtausch dieser vollgefüllten Quittungskarten gegen neue Quittungskarten stattfinden. Die Ausstellung der neuen Quittungskarten erfolgt von der Ortspolizeibehörde des Aufenthaltsortes oder der Betriebsstätte des Versicherten, und zwar der Regel nach nur gegen Rückgabe der alten Karte und Zug um Zug mit dieser Rückgabe. Es darf jedoch Versicherten, welche in einem festen ständigen Arbeits- oder Dienstverhältnisse stehen, auch schon vor der Uebergabe der alten Karte eine neue Karte ausgestellt werden, sofern dabei die ältere Quittungskarte vorgelegt wird und nach den Umständen die Annahme einer mißbräuchlichen Verwendung der neuen Karte ausgeschlossen ist; die alte Karte muß dann später gleichfalls zurückgegeben werden.

* **[Das Schiffermusterungsgeschäft]** für den Kreis Danziger Höhe wird am 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in Danzig im Lokale des Herrn Mohr am Olivaerthor abgehalten werden.

* **[Neue Polizeiverordnung.]** Wie schon mitgetheilt wurde, ist seitens der hiesigen kgl. Polizeibehörde eine neue Verordnung betreffend das Schlachten von Pferden und den Verkauf von Pferdefleisch erlassen worden, durch welche die bisherige denselben Stoff behandelnde Verordnung vom 30. Sept. 1876 außer Kraft gesetzt wird. Die Abweichungen der neuen Verordnung von der bisherigen sind — abgesehen von einigen redactionellen, zur Klarerstellung dienenden Aenderungen — folgende: Während bisher nur eine einmalige thierärztliche Untersuchung vor dem Schlachten stattfand, und zwar darüber, ob sich das zu schlachtende Pferd in einem befriedigenden Nahrungszustand befindet und an keiner Krankheit leidet oder gelitten hat, welche das Fleisch desselben zum Genuß für Menschen ungeeignet macht, ist jetzt noch eine zweite thierärztliche Untersuchung nach dem Schlachten vorgeschrieben. Diese zweite Untersuchung, vor welcher Haut und Schweif des Thieres vom Körper nicht abgetrennt werden dürfen, hat sich auf das Fleisch und die inneren Körpertheile, insbesondere auf sämmtliche Eingeweide, sowie Bauch- und Brustfell zu erstrecken. In Folge dieser Vorschrift ist auch eine Aenderung des Schlachtbuch-Formulars nothwendig geworden, weshalb sich alle hiesigen Pferdeschlächter bis spätestens zum 1. Januar k. J. in den Besitz neuer Schlachtbücher mit dem richtigen Formular setzen müssen. Die Zerlegung und der Verkauf des Fleisches ist erst dann gestattet, wenn der Kreisthierarzt durch Eintragung in eine Rubrik des Schlachtbuches die Zulässigkeit der Verwendung des Fleisches als menschliche Nahrung bescheinigt und letzteres mit einem Stempel versehen hat. Desgleichen ist die Einführung von Pferdefleisch von auswärts hierher und das Feilbieten desselben hier nur dann erlaubt, wenn in dem betreffenden auswärtigen Bezirke, von welchem das Fleisch hierher gebracht ist, dieselben Vorschriften bestehen, oder wenn eine Bescheinigung des zuständigen Kreisthierarztes darüber vorgezeigt wird, daß das Fleisch sowohl vor als nach dem Schlachten von ihm untersucht und zur menschlichen Nahrung für geeignet befunden worden, und wenn das Fleisch von ihm abgestempelt ist. Erscheint wegen schmerzhafter Verletzungen des zu schlachtenden Pferdes die Beförderung desselben nach einer genehmigten Schlachtstätte unthunlich, so kann innerhalb 12 Stunden nach geschehener Verletzung die erste, vor dem Schlachten stattfindende Untersuchung ausnahmsweise anstatt durch den Kreisthierarzt durch einen anderen approbirten Thierarzt geschehen; jedoch ist alsdann unter Vorlegung der von diesem Thierarzt ausgestellten vorschriftsmäßigen Bescheinigung über den Ausfall der Untersuchung die Erlaubniß zum Schlachten — unter Abstandnahme von der vorherigen Untersuchung durch den eigentlich zuständigen Kreisthierarzt — von der Polizeibehörde einzuholen. Die zweite, nach dem Schlachten stattfindende Untersuchung muß aber auch in diesem Falle, und zwar schleunigst sowie unter Beobachtung aller obengenannten für die zweite Untersuchung geltenden Vorschriften durch den Kreisthierarzt erfolgen. Das Schlachtbuch ist künftig nicht mehr unbedingt in dem Verkaufslokale, sondern wenn dieses von der Schlachtstätte entfernt liegt, in der letzteren aufzubewahren. Endlich bezieht sich die neue Verordnung nicht nur auf das Schlachten und Feilhalten des Fleisches von Pferden, sondern in ganz gleicher Weise auch auf das Schlachten bezw. die Untersuchung und den Verkauf des Fleisches von Eseln und Maulthieren. Da jedoch Thiere letztgenannter Art hier sehr selten zum Schlachten gelangen, so ist die Ausdehnung der Verordnung auf diese Thiere von nur geringer Bedeutung.

* **[Personalien beim Militär.]** Der Second-Lieutenant der Feldartillerie **Klawitter** beim Landwehr-Bezirk Danzig, die Second-Lieutenants der Landwehr resp. Reserve **Pfahl** aus Danzig (z. Z. in Aurich), **Schwichow** und **Poetter** (Stolp), **Brümmer** (Dt. Krone), **Hoene** und **v. Hanstein** (Stolp) sind zu Premier-Lieutenants; die Vice-Feldwebels **Fengler** und **Hein** (Graudenz), **Schmidt** (Stolp), die Vice-Wachtmeister **Eschenhagen** (Stolp) und **Wunderlich** (Konitz) zu Second-Lieuts. befördert; den Second-Lieutenants **Roemer** vom Landwehrbezirk Danzig, **Rodenacker** von der Reserve des westpr. Feldartillerie-Regts. Nr. 16, dem Prem.-Lieut. **Rogalla** vom Landwehrbezirk Osterode ist der Abschied bewilligt; der Vicefeldwebel **Thiel** vom Landwehrbezirk Lingen ist zum Second-Lieut. der Reserve des Infanterie-Regts. Nr. 128, der Vicefeldwebel **Rademacher** vom Landwehrbezirk Potsdam zum Second-Lieut. der Reserve des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 2 ernannt.

* **[Ernennung.]** Der praktische Arzt Dr. **Bremer** in Groß-Zünder ist zum Kreis-Physikus des Kreises Berent, unter Anweisung seines Wohnsitzes in der Kreisstadt, ernannt worden.

* **[Stadt-Mission.]** Wie uns mitgetheilt wird, hat der evangelische Stadtverein für innere Mission in Danzig am Todtenfest auf den Kirchhöfen der Stadt Danzig und auch in Schidlitz die **Pfennigpredigten** vertheilen lassen. Es war großer Zudrang nach denselben. Dieser Verein, früher unter Leitung des Pfarrers Köhler, wird jetzt von Herrn Oberpfarrer Dr. Tube geleitet. Er hält „christliche Familienabende" ab, besitzt eine Volksbibliothek und hat auch hier den ersten Stadtmissionar angestellt, der in Schidlitz wirkt.

* **[Rohes Attentat.]** Am letzten Sonntage, Morgens 3 Uhr, kam ein Mann zur Hebamme Marie P. in Schidlitz und forderte dieselbe auf, behufs Hilfeleistung zu seiner Frau nach Zigankenberg mitzukommen. Auf dem halben Wege nach Zigankenberg überfiel der Begleiter die P., mißhandelte sie, bedrohte sie mit gezücktem Messer und verübte dann nach heftigem Ringen ein rohes Attentat auf die wehrlose Frau, worauf er die Flucht ergriff. Den energischen Bemühungen des Gemeindevorstehers Teßmer in Emaus und der Schidlitzer Polizei ist es gestern Abend gelungen, den Attentäter in der Person des Steinsetzers B. aus Emaus zu ermitteln und zu verhaften. Er ist bereits der Criminalbehörde zugeführt worden.

* **[Schwurgericht.]** Vor den Geschworenen stand heute der Eigenthümer Johann Ellerwardt aus Glodnitz (Kreis Neustadt), der angeschuldigt ist, am 17. März d. J. vor dem Amtsgericht in Neustadt einen

Meineid geleistet zu haben. Zwei Besitzer in Abbau Strepsch klagten gegen einen dritten, weil dieser ihnen den Zugang zu einem Brunnen gesperrt hatte. In dem Termine beschwor der als Zeuge geladene Angeklagte, daß die Kläger und ihre Vorgänger seit mehr als 40 Jahren das Wasser aus dem streitigen Brunnen öffentlich und ungehindert entnommen hätten. Als der Brunnen dann ingestürzt sei, sei dicht daneben ein neuer Brunnen errichtet worden. Die beklagte Partei konnte jedoch nachweisen, daß die bekundeten Thatsachen nicht richtig seien, und es wurde gegen Ellerwardt, der in dem Rufe steht, ein sog. „Berufszeuge“ zu sein, die Anklage wegen Meineides erhoben. Der nur polnisch sprechende Angeklagte bestritt heute seine Aussage so abgegeben zu haben, wie sie protocollirt sei, und auch der Dolmetscher gab an, daß seine Auslassungen unbestimmt gelautet hätten. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

* **[Berichtigung.]** In der gestrigen Mittheilung über den Vortrag des Herrn Prediger **Mannhardt** im Bilduugsverein soll es heißen, daß Redner am Schlusse einzelne Scenen aus Wildenbruchs Schauspiel „Der neue Herr“ vorgetragen habe. Unser Berichterstatter hatte das Stück irrthümlich „Das neue Gebot“ genannt und ein Druckfehler daraus ein neues „Gebet“ gemacht.

[Polizeibericht vom 25. November.] Verhaftet: 29 Personen, darunter 1 Arbeiter, 1 Junge wegen Diebstahls, 2 Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs, 1 Seefahrer wegen Sachbeschädigung, 3 Arbeiter wegen groben Unfugs, 1 Steinsetzer wegen Sittlichkeitsverbrechens, 2 Seefahrer wegen groben Unfugs, 13 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunkener. — Verloren: Auf dem Wege Guteherberge resp. Scharfenort ist ein Dienstbuch und eine Quittungskarte verloren, abzugeben auf der Polizei-Direction.

L. **Carthaus**, 24. Novbr. Die bisher combinirte Synode Neustadt-Carthaus ist im vergangenen Jahre in Einzelsynoden getrennt worden und es trat am 18. d. Mts. die **neue Kreissynode** Carthaus zum ersten Male hierselbst unter dem Vorsitze des Herrn Pfarrer Plath von hier zusammen. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Landrath v. Krosigk-Carthaus, Pfarrer Döring-Mirchau, Gutsbesitzer Röhrig daselbst und Pfarrer Mielitz-Mariensee, letzterer gleichzeitig zum stellvertretenden Vorsitzenden. Nach dem über die sittlichen und religiösen Zustände der Diöcese erstatteten Berichte läßt namentlich die Sonntagsheiligung manches zu wünschen übrig. Ueber das Proponendum des Consistoriums: „Wie ist die kirchliche Armenpflege einzurichten, damit sie neben der bürgerlichen ihre Bestimmung zum Segen der Gemeinde erfülle“ — hielt Herr Pfarrer Döring einen eingehenden, beifällig aufgenommenen Vortrag. Es wurde beschlossen, die nächstjährige Synode mit einem Gottesdienst in der hiesigen Kirche zu beginnen. An den bisherigen langjährigen Vorsitzenden der vereinigten Synoden, Herrn Consistoralrath **Hevelke**, wurde ein Telegramm abgesandt, in dem die Synode dem Wunsche für einen ungetrübten Feierabend desselben herzlichen Ausdruck gab.

ph. **Dirschau**, 25. November. Das Resultat der **Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung** für die I. Abtheilung war folgendes: es wurden die früheren Stadtverordneten Kaufmann Wagner, Fabrikdirector Raabe und Kaufmann Preuß wieder- und an Stelle der Fabrikbesitzers Muscate, welcher sein Mandat niedergelegt hat, Kaufmann Zube neugewählt.

η **Thorn**, 24. Nov. In nächster Zeit werden an den Chausseen des Kreises Thorn fünf **neue Chausseegeld-Hebestellen** eingerichtet, nämlich: 1. auf der Chaussee Kulmsee-Renczkau am Kreuzungspunkte mit der Chaussee Wibsch-Rosenberg, wofür die Hebestelle Korryt eingeht; 2. auf derselben Chaussee beim Wege nach Kunzendorf; 3. auf der Chaussee Kulmsee-Bahnhof Tauer, wo die Pflasterstraße nach Pluskowens sich abzweigt; 4. auf der Chaussee Thorn-Schönsee-Bahnhof Tauer, wo die Chaussee nach Tauer beginnt; die Hebestelle zu Rogowko geht dafür ein; 5. auf der Chaussee Gr. Bösendorf-Scharnau, wo der Weg nach Renczkau einmündet.

Königsberg, 24. Novbr. Durch eine hier mit Zustimmung des Bezirks-Ausschusses erlassene **Polizei-Verordnung** des Regierungs-Präsidenten sind die **Polizeistunden für Schankwirthschaften aller Art** (Gastwirthschaften, Restaurationen, Wein- und Bierstuben u. s. w.) 1) in den Städten während der Monate Mai bis einschließlich Oktober bis 11 Uhr Abends, in den übrigen Monaten bis 10 Uhr Abends; 2) auf dem platten Lande während des ganzen Jahres bis 10 Uhr Abends festgesetzt worden. Die Ortspolizeibehörden sind jedoch ermächtigt, für einzelne Schankstätten eine frühere Polizeistunde widerruflich festzusetzen, auch geeignetenfalls von der Innehaltung einer Polizeistunde gänzlich zu dispensiren. Von dieser Ermächtigung hat der Polizei-Präsident nunmehr insofern Gebrauch gemacht, als derselbe durch Verfügung vom 9. November d. J. die Polizeistunde für sämmtliche 323 Branntweinschänken und Destillationen Königsbergs vom 1. Dezember d. J. ab auf 9 Uhr Abends festgesetzt hat. Für diejenigen vereinzelten Branntweinschänken, in welchen roher Branntwein zum unmittelbaren Genuß auf Borg oder gegen „Pachienen“ (Marken) verkauft worden ist, ist die Polizeistunde bereits um 8 Uhr Abends festgesetzt worden.

ß. **Pillau**, 24. Nov. Vom nächsten Jahre ab wird die **Petroleumeinfuhr** in wesentlich anderer Gestalt vor sich gehen, und zwar in Tankdampfern. Zu diesem Zweck sind in Königsberg große Petroleumbehälter erbaut worden. Deutschland deckt bekanntlich seinen Petroleumbedarf durch Zufuhren aus Amerika. Das Petroleum wird in Barrels — Fässern — mit Segelschiffen (Barken) hierhergebracht. Die Barken haben 5000 Faß und darüber geladen, gehen hier vor Anker, da ihnen das flache Haff einen Aufgang mit voller Ladung nach Königsberg nicht gestattet, und werden hier auch entladen. Die Fässer gehen entweder mit der Bahn direct in die Provinz oder werden mittels kleinerer Fahrzeuge nach Königsberg geschafft. Daß diese Art der Einfuhr eine kostspielige ist, liegt klar auf der Hand. Schon die theuren Petroleumfässer, dann die Umladung derselben bedingen eine Preissteigerung für Petroleum. Um eine Verminderung dieser Kosten herbeizuführen, will man die Petroleumeinfuhr — ohne Fässer — in Bassins vor sich gehen lassen. Die mit solchen Bassins ausgerüsteten Dampfer werden direct nach Königsberg gehen und dort entleert werden.

* **Frauenburg**, 24. November. Zu der hier vacant gewordenen, mit 2100 Mk. Einkommen dotirten **Bürgermeisterstelle** hatten sich 10 Bewerber gemeldet. Drei davon waren auf die engere Wahl gestellt, aber für keinen derselben war bei der Stadtverordneten-Versammlung eine Majorität zu erlangen, und so mußte denn schließlich nach mehreren Wahlgängen das **Loos entscheiden**. Es fiel auf den Gerichtsactuar Bahr aus Braunsberg.

Schippenbeil, 22. Novbr. Gegenwärtig werden in unserer Gegend die Quittungskarten der **Invaliditäts- und Altersversicherung** revidirt. In einem benachbarten Dorf waren am gestrigen Vormittag allein etwa fünfzig Unregelmäßigkeiten festgestellt, wofür **Strafmandate** in Aussicht gestellt wurden. (Ges.)

Medizinische Literatur.

◎ **Die Pflanzen-Vergiftungen.** Ihre Erscheinungen und das vorzunehmende Heilverfahren von Dr. med. Schünemann, prakt. Arzt. Mit 18 Abbildungen. Verlag von Otto Salle in Braunschweig. Mit diesem sehr zweckmäßigen und praktischen Büchelchen hat der Verfasser zweifellos weitesten Kreisen einen großen Dienst erwiesen. Findet man doch selbst in den Kreisen der Fachmediziner häufig in Folge des unzweckmäßigen Universitätsunterrichtes eine ganz erstaunliche Unkenntniß der gewöhnlichsten Giftpflanzen. Alle Stände und Berufsklassen, die Botaniker ausgenommen, werden deshalb mit nicht geringem Nutzen das Klein'sche übersichtlich angeordnete, mit recht gelungenen Abbildungen ausgestattete Buch benutzen können. Besonders für die Schulen dürfte es sehr geeignet sein. Der Preis desselben ist ein sehr mäßiger.

◎ **Bechholds Handlexikon der Naturwissenschaften und Medizin**, bearbeitet von A. Velde, Dr. W. Schauf, Dr. V. Löwenthal und Dr. J. Bechhold (ca. 10 Lieferungen). Vorliegendes Handlexikon ist bestimmt, eine empfindliche Lücke in der Literatur auszufüllen. Jede Zeitung bringt täglich Berichte aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Technik, die indessen nur den mit den Elementen und den technischen Ausdrücken derselben Vertrauten Belehrung bringen können. An der Hand des vorliegenden Lexikons, das eine sehr übersichtliche Anordnung zeigt, wird jeder sehr schnell sich in jedem Gebiet orientiren können. Die gegenwärtigen, so viel auch in den politischen Zeitungen ventilirten Tuberkulose- und Kantharidinfragen illustriren z. B. deutlich die Nothwendigkeit, rasch ein gut orientirendes Nachschlagebuch über derartige Dinge zu besitzen. Solchen Zwecken genügt das Werk in hervorragendem Maße.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Nov. (Privattelegramm.) Der „Reichsbote“ verlangt auch von den Conservativen eine bestimmte Stellung zu der **Judenfrage**. Hier wird bezweifelt, daß die Majorität der conservativen Reichstagsfraction den antisemitischen Strömungen unter den Conservativen im Lande bei der Programmrevision folgen werde.

Vermischte Nachrichten.

* **Berlin**, 24. November. Die schlimmen **Folgen des übermäßigen Secttrinkens** hat, wie eine Lokalcorrespondenz berichtet, gestern ein **Einbrecher** an sich erfahren müssen. Bei einem Schankwirth L. in der Friedrichstraße ist in der gestrigen Nacht ein Einbruch verübt worden. Ein vor mehreren Monaten von L. entlassener Hausdiener Sch. hatte sich, nachdem das Schanklokal gegen Mitternacht geschlossen worden war, durch gewaltsames Oeffnen der Hinterthür Zugang zu den Geschäftsräumen verschafft. Der Einbrecher plünderte die Ladenkasse und steckte alles Werthvolle, was er im Zimmer entdeckte, in einen Sack. Dann untersuchte er die Weinvorräthe seines Prinzipals und fand dabei einige Flaschen Sect, denen er „nach gethaner Arbeit“ die Hälse brach. Der Spitzbube trank und trank, bis er müde wurde und sich auf ein Sopha legte, wo er alsbald einschlief. So groß war der Rausch des Einbrechers, daß er bis zum hellen Morgen hinein schlief und erst aufwachte, als der Schankwirth vor dem entsetzt Auffahrenden stand und ihn aufforderte, ihm nach der Polizeiwache zu folgen. Sch. setzte aber seinem ehemaligen Brodherrn hartnäckigen Widerstand entgegen, stürzte sich auf ihn und biß ihm in die linke Hand. Nachdem es endlich mit Hilfe mehrerer Hausbewohner gelungen war, den Verbrecher der Polizei zu übergeben, mußte sich L. nach der nächsten Sanitätswache begeben, um für seine Hand ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

* **[Die Stammmütter der europäischen Fürstenhäuser.]** Fast sämmtliche Regentenhäuser Europas stammen in ihrem heutigen Bestande von zwei Schwestern ab, und zwar von der einen fast alle katholischen, von der anderen fast alle evangelischen Fürsten und Fürstinnen. Diese interessante historische Thatsache wurde zuerst von dem 1876 verstorbenen Historiker Friedrich Theodor Richter entdeckt; allgemein bekannt gemacht und genealogisch nachgewiesen wird sie nun von dem Professor der Geschichte in Jena, Dr. Ottokar Lorenz, in einem soeben im Verlage von Wilhelm Hertz, Berlin, herausgegebenen „Genealogischen Hand- und Schul-Atlas“. Professor Lorenz bietet in diesem Werke auf etwa fünfzig Tafeln die Stammbäume aller europäischen Herrscherfamilien seit den Merowingern, Pipiniden und Karolingern bis auf die Gegenwart, und er hält dieses Buch für eine seiner nützlichsten und nothwendigsten Arbeiten, da man nach seiner Ansicht auf keinem anderen Wege als auf dem genealogischen zu einer wirklichen Kenntniß der geschichtlichen Entwickelungen gelangen könne. Zum Schluß seines Werkes bietet er den Nachweis der eben erwähnten historischen Thatsache — der Abstammung aller gegenwärtigen Regenten-Familien Europas von zwei Schwestern und mittelbar von dem Elternpaar derselben. Diese Eltern waren ein sonst weiter gar nicht berühmt gewordenes deutsches Fürstenpaar, das zu Ende des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts lebte: Herzog Ludwig Rudolph von Braunschweig-Wolfenbüttel (gestorben 1735) und seine Gemahlin Christine Louise (gestorben 1747), eine Tochter des Fürsten Albrecht Ernst von Oettingen. Von den Töchtern dieses Paares heirathete die eine, die katholisch gewordene Prinzessin Elisabeth Christine (1708), den nachmaligen deutschen Kaiser Karl VI. Kaiserin Elisabeth Christine wurde durch ihre Tochter Maria Theresia die Stammmutter der Häuser Habsburg-Lothringen, Toscana, Sicilien und Modena und — durch Heirathen weiblicher Nachkommen — der Regenten-Familien von Portugal, Brasilien und Italien (Savoyen-Carignan), des sächsischen Königshauses, des heutigen bairischen und spanischen Regentenhauses, der spanischen Bourbonen und sämmtlicher Orleans — im ganzen gegen 400 Nachkommen meist katholischer Confession. Eine zweite Tochter des erwähnten Fürstenpaares, Prinzessin Antoinette Amalie, heirathete ihren Vetter, den Herzog Ferdinand II. von Braunschweig-Bevern, aus welcher Ehe drei Töchter (die Prinzessinnen Louise Amalie, Sophie und Juliane) und ein Sohn, Herzog Karl, stammen. Von Louise Amalie, die den Prinzen August Wilhelm von Preußen, einen Bruder Friedrichs des Großen, heirathete und die Mutter des Königs Friedrich Wilhelm II. wurde, stammen das ganze gegenwärtige preußische Königshaus und durch weitere Verzweigungen in weiblicher Linie die Regenten-Familien von Rußland, Mecklenburg-Schwerin, Baden und den Niederlanden. Die zweite Tochter, Prinzessin Sophie, wurde als Gemahlin des Herzogs Ernst Friedrich von Coburg-Saafeld die Stamm-Mutter des gesammten Coburg'schen Hauses und durch dessen weitere Verzweigung der Regenten-Familien von England, Belgien, Hessen-Darmstadt und Portugal. Die dritte Tochter, Prinzessin Juliane, heirathete den König Friedrich VI. von Dänemark, und von ihr stammen die Regentenhäuser von Dänemark, Holstein-Glücksburg, Hessen-Kassel und in letzter Linie Griechenland. Von Herzog Karl von Braunschweig (gestorben 1780) stammte endlich das 1885 erloschene Braunschweigische Haus. So wurde Antoinette Amalie (gestorben 1762) die Stamm-Mutter von 365 Nachkommen meist evangelischer Confession, und im ganzen beträgt die Nachkommenschaft des 1735 verstorbenen Herzogs Ludwig Rudolph gegenwärtig nahezu 800 Personen und umfaßt fast sämmtliche regierenden Familien Europas.

* **[Die Leiche eines ganz jungen Kindes]** ist, wie man jetzt erst hört, am 19. d. M. aus einem **Zuge der Nordbahn** zwischen Neubrandenburg und Stargardt **geworfen** worden. Die Leiche ward von dem Bahnwärter Bärwald aufgefunden, der sofort seiner vorgesetzten Behörde Meldung erstattete.

* In **Potsdam** wurden an einem der letzten Abende in der Nähe des Lustgartens **drei Soldaten von Zuhältern überfallen** und ohne daß vorher irgend ein Streit stattgefunden hätte, mit spitzen Instrumenten schwer verletzt. Die Strolche versteckten sich dann im Lustgarten, wurden aber hier durch eine sofort hingeschickte Abtheilung von Grenadieren wenigstens theilweise noch entdeckt und verhaftet. Bei einem der Verhafteten, die sämmtlich noch in jugendlichem Alter stehen und in Nowawes wohnen, wurden außer verschiedenen Messern noch gefunden ein langer spitzer Nagel, ein abgebrochener metallener Schuhanzieher, Glasscherben und abgebrochene Gläserhenkel.

Schiffs-Nachrichten.

Stockholm, 23. Nov. Der englische Dampfer „Horneburg“, mit Stückgütern, ist auf Westra Finngrundet gestrandet.

London, 23. Nov. Der Dampfer „Brünette“, aus Danzig (Rodenacker'sche Rhederei), collidirte, wie schon telegraphisch gemeldet ist, in der Themse bei Shadwell mit dem Dampfer „Chevington“, von Treport. Letzterer ist gesunken. — Der Dampfer „Foxfield“, von Cardiff nach Havre, ist zwischen Hartland und Lundy gesunken. — Der Dampfer „Fernside“ ist laut Telegramm aus Newyork auf Robbins Reef gestrandet und löscht. — Die norwegische Schoonerbrigg „Olivia“, in Ballast, ist bei Gijon gestrandet und total wrack geworden.

Newyork, 24. Novbr. (Tel.) Der Bremer Schnelldampfer „Ems“, von Bremen kommend, ist gestern Abend hier eingetroffen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. November.

		Crs.v.24.			Crs.v.24.
Weizen, gelb			5% Anat. Ob.	80,00	80,00
Novbr.-Dez.	229,50	231,70	Ung. 4% Grd.	87,90	87,80
April-Mai	229,00	231,20	2. Orient.-A.	60,30	60,50
Roggen			4% russ. A.80	90,50	90,70
November	237,70	239,75	Lombarden	35,10	33,90
April-Mai	235,50	237,75	Franzosen ..	115,10	115,70
Petroleum			Cred.-Actien	144,10	144,00
per 2000 ℔			Disc.-Com. .	165,20	165 20
loco	23,00	23,00	Deutsche Bk.	141,50	140,70
Rüböl			Laurahütte.	103,90	103,75
November	61,70	62,30	Oestr. Noten	172,35	172,15
April-Mai	61,00	61,10	Russ. Noten	196,35	194,30
Spiritus			Warsch. kurz	196,10	194,20
November	52,30	52,00	London kurz	—	20,325
April-Mai	53,00	52,70	London lang	—	20,215
4% Reichs-A.	105,50	105,50	Russische 5%		
3½% do.	97,40	97,40	SW.-B. g. A.	—	—
3% do.	83,50	83,60	Danz. Priv.-		
4% Consols	105,50	105,40	Bank	—	—
3½% do.	97,70	97,50	D. Oelmühle	126,00	126,00
3% do.	83,60	83,60	do. Prior.	118,50	118,50
3½% westpr.			Mlav. S.-P.	101,60	101,70
Pfandbr. .	93,30	93,40	do. S.-A.	47,00	46,70
do. neue . .	93,30	93,40	Ostpr. Südb.		
3% ital. g. Pr.	52,80	52,80	Stamm.-A.	64,75	64,25
5% do. Rente	86,50	86,10	Danz. S.-A.	—	—
4% rm. G.-R.	80,90	80,90	5% Trk. A.-A.	79,80	79,80

Hafer Nov. 166,00, Frühjahr 172,50.
Fondsbörse: fest.

Petersburg, 24. Novbr. Wechsel auf London 104,25, do. Berlin 51,15, do. Amsterdam —, do. Paris 41,25, ½-Imperials 835, russ. Präm.-Anleihe von 1864 gest.) 236½, do. 1866 215½, russ. 2. Orientanl. 100¾, do. 3. Orientanleihe 100¾, do. 4% innere Anleihe —, do. 4½% Bodencredit-Pfandbriefe 150⅛, Große russ. Eisenbahnen 253½, russ. Südwestb.-Act. 108⅜, Petersburger Discontobank 560, Petersburger intern. Handelsbank 451½, Petersburger Privat-Handelsbank 262, russ. Bank für auswärt. Handel 251½, Warschauer Discontobank —, Russ. 4% 1889er Cons. 150⅛. Privatdiscont 6½.

Petersburg, 24. Nobr. Productenmarkt. Talg loco 50,00, per August —. — **Weizen** loco 14,25. **Roggen** loco 13,25. **Hafer** loco 5,50. **Hanf** loco 45,00. **Leinsaat** loco 14,75. — Wetter: Frost.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 25. November.

Weizen loco niedriger, per Tonne von 1000 Kgr.
feinglasig u. weiß 126—136℔ 210—260 M Br.
hochbunt 126—136℔ 210—258 M Br.
hellbunt 126—134℔ 208—256 M Br.
bunt 126—132℔ 205—253 M Br.
roth 126—131℔ 197—246 M Br.
ordinär 120—130℔ 192—245 M Br.
(zusammen: 180—246 M bez.)

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 126℔ 192 M, zum freien Verkehr 128℔ 240 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt per Novbr.-Dezbr. zum freien Verkehr 242 M bez., do. transit 195 M Br., 194 Gd., per Dezbr.-Januar zum freien Verkehr 241 M Br., 240 M Gd., per Jan.-Febr. zum freien Verkehr 240 M bez., per Februar-März transit 197 M Br., 196 M Gd., per April-Mai zum freien Verkehr 240 M bez. und Br., do. transit 199 M bez.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kgr. feinkörnig per 120℔ 187 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar inländisch 244 M, unterpoln. 195 M, transit 194 M.

Auf Lieferung per Novbr. inländ. 245 M Gd., do. transit 195 M Gd., per November-Dezember inl. 240 M bez., transit 193 M bez., per April-Mai inländisch 230 M Br. 229 M Gd., do. transit 196½ M bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. große 108℔ 180 M bez., Futter- 140 M bez.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Mittel transit 170 M

Leinsaat per Tonne von 1000 Kgr. ordin. 191 M bez.

Spiritus per 1000% Liter contingentirt loco 70½ M Gd., per November 69 M Gd., per Januar-Mai 69½ M Gd., nicht contingentirt 51 M Gd., per Novbr. 49½ M Gd., per Januar-Mai 50 M Gd.

Rohzucker ruhig, Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 13,85 bis 13,95 M Gd., Rendement 75° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,10 M bez. per 50 Kgr. incl. Sack.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 25. November.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Bedeckt. Frost. Temperatur — 2° R. Wind: O.

Weizen. Inländischer wie Transitweizen waren heute in recht flauer Stimmung, und Preise stark nachgebende. Inländischer ist 2 bis 4 M, Transit 4 bis 5 M niedriger zu notiren. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 123/4℔ 238 M, 123℔ bis 126℔ 241 M, 127℔ 242 M, 129℔ 144 M, weiß 125℔ 245 M, Sommer- 128℔ 140 M, für polnischen zum Transit bunt 123℔ und 125/6℔ 190 M, 127℔ 192 M, 193 M, glasig 123℔ bis 126℔ 192 M, gutbunt 125/6℔ und 128℔ 192 M, hellbunt 120/1℔ 191 M, 126℔ 194 M, 128℔ 196 M, für russischen zum Transit bunt 127℔ 192 M, gutbunt 126℔ 193 M per Tonne.

Termine: Novbr.-Dezbr. zum freien Verkehr 242 M bez., transit 195 M Br., 194 M Gd., Dezember-Januar zum freien Verkehr 241 M Br., 240 M Gd., Januar-Februar zum freien Verkehr 240 M bez., Febr.-März transit 197 M Br., 196 M Gd., April-Mai zum freien Verkehr 240 M bez. u. Br., transit 199 M bez. Regulirungspreis zum freien Verkehr 240 M, transit 192 M.

Roggen ist gehandelt poln. zum Transit 115℔ 187 M per 120℔ per Tonne. Termine: November inländischer 245 M Gd., transit 195 M Gd., Novbr.-Dezbr. inländischer 240 M bez., transit 193 M bez., April-Mai inländisch 230 M Br., 229 M Gd., transit 196½ M bez. Regulirungspreis inländisch 244 M, unterpolnisch 195 M, transit 194 M. Gekündigt 50 Tonnen. — **Gerste** ist gehandelt inländ. große 108℔ 180 M, russ. zum Transit Futter- 140 M per Tonne. — **Erbsen** poln. zum Transit Mittel- 170 M per Tonne bez. — **Pferdebohnen** poln. zum Transit 141, 142 M per Tonne gehandelt. — **Wicken** poln. zum Transit 112 M per Tonne bezahlt. — **Leinsaat** russ. 191 M per Tonne gehandelt. — **Spiritus** contingentirter loco 70½ M Gd., per November 69 M Gd., per Jan.-Mai 69½ M Gd., nicht contingentirter loco 51 M Gd., per Novbr. 49½ M Gd., per Jan.-Mai 50 M Gd.

Danziger Mehlnotirungen vom 25. Novbr.

Weizenmehl per 50 Kilogr. Kaisermehl 22,50 M — Extra superfine Nr. 000 19,50 M — Superfine Nr. 00 17,50 M — Fine Nr. 1 16,50 M — Fine Nr. 2 14,50 M — Mehlabfall oder Schwarzmehl 8,40 M.

Roggenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 19,40 M — Superfine Nr. 0 18,40 M — Mischung Nr. 0 und 1 17,40 M — Fine Nr. 1 15,80 M — Fine Nr. 2 14,20 M — Schrotmehl 13,80 M — Mehlabfall oder Schwarzmehl 8,40 M.

Kleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 6,80 M — Roggenkleie 7,20 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgraupe 23,00 M — Feine mittel 19,50 M — Mittel 17,00 M — Ordinäre 15,50 M.

Grützen per 50 Kilogr. Weizengrütze 20,50 M — Gerstengrütze Nr. 1 18,00 M, Nr. 2 16,50 M, Nr. 3 15,00 M — Hafergrütze 19,00 M.

Productenmärkte.

Königsberg, 24. November. (v. Portatius u. Grothe.) **Weizen** per 1000 Kilogr. hochbunter 121/2℔ 235, 122℔ 236 M bez., bunter 122/3℔ 223, 128℔ blsp., 230, russ. 125/6℔ 187 M bez., rother 120℔ 230, 124/5℔ 230, russ. 127/8℔ 185 M bez. — **Roggen** per 1000 Kilogr. inländ. 122℔ 235 M per 120℔. — **Hafer** per 1000 Kgr. 157, 158 M bez. — **Erbsen** per 1000 Kgr. weiße russ. 140, 145, 146, 157,50, fein 175, 180, 185, 187, 188, 192, 194, Victoria- 210 M bez., graue russ. 135, 137, 140 M bez., grüne russ. mit Käfern 175 M bez. — **Bohnen** per 1000 Kilogr. russ 144 M bez. — **Wicken** per 1000 Kilogr. 120, 130, 133, russ. 113 M bez. — **Buchweizen** per 1000 Kilogr russ. 212, 225 M bez. — **Leinsaat** per 1000 Kilogr. feine russ. 163, 164, 165, 167, 172, 175, 177, gestern 162,50 M bez., mittle russ. 100 M bez. — **Raps** per 1000 Kilogr. Hanfsaat russ. 206, 207, 208 M bez. — **Kleesaat** per 50 Kilogr. russ. 50, 52 50 M bez., russ. 72,50, ger. 61 M bez. — **Spiritus per 10000** Liter % ohne Faß loco contingentirt 73 M Gd., nicht contingentirt 53½ M Gd., per November nicht contingentirt 53 M Gd., per Novbr.-März nicht contingentirt 52½ M Gd., per Frühjahr nicht contingentirt 53 M Gd., per Mai-Juni nicht contingentirt 53½ M Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 24. Novbr. Getreidemarkt. **Weizen** matt, loco 225—231, per November 234,00, per April-Mai 232,50. — **Roggen** matt, loco 228—231, per Novbr. 242,00, per April-Mai 236,50. — Pommerscher **Hafer** loco neuer 168—173. — **Rüböl** unveränd., loco per Nov. 61,50, per April-Mai 61,00. — **Spiritus** matt, loco ohne 50 M Consumsteuer —, 70 M Consumsteuer 52,20, per November 51,50, per April-Mai 52,20. — **Petroleum** loco 11,10.

Berlin, 24. November. **Weizen** loco 228—238 M, gelb russ. m. Ger. 224 M a. B., per Novbr. 232,25 M, per Novbr.-Dez. 232,25—231,50—231,75 M, per Dez.-Januar 232,25—231,50—231,75 M, per April-Mai 232—231—231,25 M. — **Roggen** loco 230—242 M, guter inländ. 239 M a. B., per November-Dezember 240,25—239,75—240—239,75 M, per April-Mai 238,50—237,75—238—237,75 M. — **Hafer** loco 164—180 M, ost- und westpreußischer 165—171 M, pommerscher und uckermärk. 166—172 M, schlesischer 167—171 M, feiner schlesischer 172—174 M ab Bahn, per Novbr.-Dezbr. 167,50—166,75 M, per Dezember-Januar 168,25—167,25 M, per April-Mai 175—173,50 M. — **Mais** loco 163—173 M, per November 166 M nom., per November-Dezember 163 M, per April-Mai 135,50 M nom. — **Gerste** loco 160—210 M. — **Kartoffelmehl** per November 37,25 M. — **Trockene Kartoffelstärke** loco 37,00 M. — **Feuchte Kartoffelstärke** per Novbr 21,00 M. — **Erbsen** loco Futterwaare 185—195 M, Kochwaare 200—250 M. — **Weizenmehl** Nr. 00 32,00—30,50 M, Nr. 0 28,50—26,50 M — **Roggenmehl** Nr. 0 u. 1 33,25—32,00 M, ff. Marken 35,20 M, per Novbr. 33,10—33,05 M, per Nov.-Dezbr. 33,00—32,95 M, per Dezbr.-Januar 33,00—32,95 M, per Januar-Februar 33,00—32,95 M, per April-Mai 32,85—32,80 M. — **Petroleum** loco 23 M. — **Rüböl** loco ohne Faß 61,5 M, per Nov. 62,3 M, per Novbr.-Dezember 61,9 M, per April-Mai 61,1 M. — **Spiritus** ohne Faß loco unversteuert (50 M) 72,3 M, loco unversteuert (70 M) ohne Faß 52,8—52,6 M, per Novbr. 52,3—52,0 M, per November-Dezember 52,2—51,9 M, per Dezember-Januar 52,2—51,9 M, per Januar-Februar 52,2—51,9 M, per April-Mai 53,0—52,7 M, per Mai-Juni 53,3—52,9 M, per Juni-Juli 53,6—53,2 M, per Juli-August 54,0—53,8 M.

Magdeburg, 24. Nov. Zuckerbericht. Kornzucker excl. von 92% 18,50, Kornzucker excl., 88% Rendement 18,05. Nachproducte excl., 75% Rendement 16,00. Stetig. Brodraffinade I. 28,75. Brodraffinade II. 28,25. Gem. Raffinade mit Faß 29,00. Gem. Melis I. mit Faß 27,25. Fest. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Novbr. 14,35 Gd., 14,42½ Br., per Dezbr. 14,42½ Gd., 14,47½ Br., per Januar 14,55 bez., 14,57½ Br., per Januar-März 14,65 bez., 14,67½ Br. Ruhiger.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 24. November. Wind: SO.

Angekommen: Thor (SD.), Ericsson, Marstrand, Heringe.

Gesegelt: Strothbeg (SD.), Melville, Aarhus, Holz. — Vineta (SD.), Riemer, Stettin, Güter. — Ferdinand (SD.), Lage, Königsberg, Güter.

25. November. Wind: SSO.

Angekommen: Ida (SD.) Claassen, London, Güter.

Nichts in Sicht.

Plehnendorfer Kanalliste.

24. November.

Schiffsgefäße.

Stromauf: 8 Kähne mit Stückgütern.

Stromab: Kurreck, Rothebude, 25 T. Weizen, 5 T. Gerste, Döring, — Dombrowski, Rothebude, 20 T. Weizen, Weigle, Danzig. — Klinkowski, Montwy, 90 T. Zucker, Wieler u. Hartmann, Neufahrwasser. — Dronschkowski, Kruschwitz, 85 T., — Grajewski, Schwetz, 105 T., — Rostowski, Mewe, 100 T., — Born, Tiegenhof, 50 T. Zucker, Wanfried, Neufahrwasser.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 24. November. Wasserstand: +0,16 Meter.
Wind: SO. Wetter: trübe.

Stromauf:

Von Danzig nach Wloclawek: Sommerfeld, Berenz, 38 582 Kgr. Farbholz, 6719 Kgr. Pfeffer, 1084 Kgr. Kaffee, 2750 Kgr. Reis, 4221 Kgr. Stärke, 1505 Kgr. Gambier, 136 Kgr. Nelken, 1760 Kgr. Piment, 276 Kgr. Campher. — Rudnitzki, Jch, 39 616 Kgr. Farbholz.

Stromab:

Kabel, Leonow, Neufahrwasser.

Iwanski, Zuckerfabrik Leonow, Leonow, Neufahrwasser, 50 500 Kgr. Crystallzucker.

Ceuder, do., do., do., 50 500 Kgr. Crystallzucker.

Meteorologische Depesche vom 25. November.

Morgens 8 Uhr.
(Telegraphische Depesche der „Danz. Ztg.“).

Stationen.	Bar. Mil.	Wind		Wetter.	Tem. Cels.
Mullaghmore	749	WSW	4	wolkig	4
Aberdeen	752	SSO	4	wolkig	5
Christiansund	759	OSO	4	wolkig	4
Kopenhagen	762	OSO	3	bedeckt	3
Stockholm	768	SO	2	bedeckt	—1
Haparanda	765	W	2	halb bed.	—4
Petersburg	750	N	1	Nebel	—9
Moskau	761	—	—	bedeckt	—10
Cork Queenstown	752	WNW	3	heiter	3
Cherbourg	758	S	3	bedeckt	6
Helder	758	O	1	Nebel	1
Sylt	759	SSO	1	Dunst	1
Hamburg	759	OSO	3	bedeckt	1
Swinemünde	762	SO	3	bedeckt	1
Neufahrwasser	765	SSO	1	bedeckt	—3
Memel	768	OSO	3	bedeckt	—5
Paris	759	NO	1	bedeckt	1
Münster	—	—	3	—	—
Karlsruhe	758	SW	—	bedeckt	4
Wiesbaden	757	still	1	bedeckt	2
München	758	NW	3	Dunst	1
Chemnitz	759	O	1	bedeckt	1
Berlin	762	O	4	bedeckt	0
Wien	761	NO	1	bedeckt	1
Breslau	762	SO	1	bedeckt	0
Ile d'Aix	757	NO	3	bedeckt	2
Nizza	758	NO	2	wolkig	12
Triest	759	still	—	Regen	11

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Während das barometrische Maximum im Nordosten sich wenig verändert hat, ist nordwestlich von Schottland ein neues Minimum erschienen, welches auf den Hebriden stürmische Südwestwinde verursacht. Ueber Centraleuropa wehen schwache südliche bis westliche Winde bei trüber, im Osten kälterer, im Westen meist wärmerer Witterung. In Deutschland ist stellenweise Regen oder Schnee gefallen, am meisten, 16 Mm. Regen, meldet Friedrichshafen; auch in Nizza sind 21 Mm. Regen gefallen. Das Minimum im Nordwesten dürfte seinen Einfluß demnächst auch über Westdeutschland ausbreiten.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Nov.	Stde.	Barom.-Stand mm	Therm. Celsius.	Wind und Wetter.
24	4	761,9	— 1,0	SO., mäß.; trübe.
25	8	763,3	— 2,3	SO., frisch; bedeckt.
25	12	763,3	— 3,0	„ „ „

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.